

Dossier

Aussagen der AfD zum Sozialbereich

Von Andreas Kemper, Universität Münster

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Positionierungen der AfD	2
2.1	Soziale Sicherungssysteme	3
	Rente	3
	Arbeitslosigkeit	3
	Kranken- und Pflegeversicherung	3
	Qualitative Bevölkerungspolitik	3
2.2	Migration / Aufnahme Geflüchteter	4
2.3	Geschlechter- / Familienpolitik	4
2.4	Menschen mit Behinderung	5
2.5	Universelle Geltung von Menschenrechten	5
3	Einzelnachweise	7
4	Weiterführende Literatur zur faschistischen Positionierung des Höcke-Flügels	7

1 Einleitung

In diesem Dossier sind Aussagen aus den Parteiprogrammen der Alternative für Deutschland (AfD) und von deren Funktionär/-innen dahingehend überprüft worden, ob sie mit den Kernthemen des Paritätischen in Konflikt geraten könnten. Folgt man der Aussage der Journalisten Melanie Amann, nach der sich die Erklärung für die Entstehung der AfD „im Keller Thilo Sarrazins“ befänden – gemeint sind die Aktenordner mit Zusprüchen zu Sarrazins Thesen –, so würde diese nahe legen, dass die der AfD zugrunde liegenden ideologischen Positionierungen und Forderungen denen des Paritätischen konträr gegenüber stehen. Denn Sarrazin hatte in „Der neue Tugendterror“ vierzehn Forderungen nach sozialer Gleichheit als „Tugend-terror“ abgelehnt und stattdessen bspw. gefordert, das Kindergeld für alle durch eine Pauschalauszahlung von 50.000 Euro für wenige „erbintelligente“ Mütter im Studium zu ersetzen.

Dieses Dossier überprüft den durch Sarrazins Zuspruch evozierten Verdacht, dass auch die AfD von gruppenbezogenen Ungleichwertigkeiten ausgeht und das gesellschaftliche System zugunsten privile-

gierter Gruppen umgestalten möchte. Vorangegangene Untersuchungen lassen es sinnvoll erscheinen, bei der AfD von drei ideologischen Strömungen der gruppenbezogenen Ungleichwertigkeit auszugehen: Nationallibertarismus, Antisäkularismus, Faschismus. Diese drei Strömungen können für die AfD wie folgt definiert werden:

Unter „Nationallibertarismus“ ist eine Ideologie zu verstehen, die einen Marktradikalismus (radikale Steuersenkungen, Privatisierungen von Bildung, Staatseigentum, Gesundheitswesen, Rente, etc.) mit nationalkonservativen Ideen (Patriotismus, Geschlechterkonservatismus/Familismus, preußische Tugenden) verbindet. Diese Strömung forciert vor allem mehr Ungleichheit zwischen den sogenannten „Leistungsträgern“ und den sogenannten „Leistungsempfängern“. Antidiskriminierungsgesetze und -maßnahmen werden als unzulässige Eingriffe in das Marktgeschehen abgelehnt. Vertreter/-innen dieser Strömung sind bspw. Konrad Adam (Vorsitzender der Desiderius-Erasmus-Stiftung der AfD, Mitgründer und ehem. Vorsitzender der AfD), Jörg Meuthen (Vorsitzender der AfD), Sven Tritschler (Vorsitzender

der Jungen Alternative (Jugendverband der AfD)), Alice Weidel (AfD Bundesvorstand).

Antisäkulare Strömungen sind bestrebt, den Säkularisierungsprozess der bürgerlichen Gesellschaft zu stoppen und umzukehren. Relevant sind hier vor allem christlich-fundamentalistische (Ultrakatholizismus, Evangelikalismus) und aristokratische bzw. reichsbürgerliche Gruppen. Diese Strömung ist hauptsächlich familistisch orientiert. Diese antisäkulare Strömung setzt sich insbesondere für eine Privilegierung geschlechterkonservativer Konzeptionen ein und lehnt bspw. Abtreibung und die Gleichbehandlung von hetero- und homosexuellen Orientierungen ab, die sie als „Gender-Wahn“ bzw. „Genderismus“ brandmarkt. Relevant sind hier die Gruppe „Christen in der AfD“/„Pforzheimer Kreis“ und das Netzwerk der stellvertretenden AfD-Vorsitzenden Beatrix von Storch „Zivile Koalition“.

Faschistische Strömungen in der AfD arbeiten mit dem „Volksgemeinschaftskonzept“ und sehen die AfD vor allem als „fundamentaloppositionelle Bewegungspartei“. Sie propagieren einen rechten Kulturkampf („Metapolitik“), um so den „totalen Triumph“, den „vollständigen Sieg“ zu erringen. Es wird massiv auf die Rhetorik des Nationalsozialismus zurückgegriffen und der Zustand des Widerstandsrechts nach §20 Abs. 4 gegen den „Volksverrat“ der „Kanzlerdiktatorin“ proklamiert. Neben der zentralen rassistischen Stoßrichtung für eine Privilegierung von „Biodeutschen“ gegenüber „Nicht-Biodeutschen“ wird auch im bevölkerungsbiologischer / populationsökologischer Argumentation „Genderwahn“ bekämpft und versprochen, „Gendermainstream aus den Schulen und Hochschulen zu vertreiben“. Relevante Gruppierungen dieser Richtung sind die *Erfurter Resolution* und die *Patriotische Plattform*.

2 Positionierungen der AfD

2.1 Soziale Sicherungssysteme

Im AfD-Grundsatzprogramm (AfD-Programmkommission 2016) finden sich unter anderem folgende nationallibertäre Forderungen:

1. Einkommenssteuer-Stufentarif (das „Kirchhoffsche Modell“?) (ebd.:74)
2. Familiensplitting einführen (ebd.)
3. Steuer- und Abgabengremse in die Verfassung aufnehmen (ebd.)
4. Banken- und Steuergeheimnis wieder einführen (ebd.:75)
5. Vermögens- und Erbschaftssteuer abschaffen, Gewerbesteuer überprüfen (ebd.)
6. Keine Steuerharmonisierung auf europäischer Ebene (ebd.)
7. Rettungsprogramme für überschuldete Kommunen und Länder verbieten (ebd.:76)

Das Stufentarif-Modell (1) wird nicht weiter ausgeführt. Da die AfD sich aber wiederholt auf das Stufenmodell von Paul Kirchhoff bezogen hat, ist hier von einem ähnlichem Modell auszugehen. Dies würde die Einkommensungleichheit noch weiter vergrößern. Steuerausfälle würde das Familiensplitting-Modell (2) mit sich bringen, da bspw. eine Familie mit zwei Erwachsenen und vier Kindern erst ab ca. 6500 Euro Einkommenssteuern zahlen müsste. Familien mit geringem Einkommen würden hiervon nicht profitieren, im Gegenteil, sie hätten letztlich unter den Steuerausfällen zu leiden, da diese Einsparungen auf der Ausgabenseite zur Folge hätte. Mit der Abschaffung der Erbschafts- und Gewerbesteuer (5) kämen weitere erhebliche Steuerausfälle hinzu, begünstigt wären wiederum privilegierte Gruppen. Zudem will die AfD die maximale Abgabequote auf maximal den derzeitigen Ist-Zustand einfrieren, in dem eine „Steuerbremse“ in die Verfassung verankert wird (3). Die AfD will Schulden abbauen und keine weiteren zulassen und auch Rettungsprogramme für überschuldete Kommunen und Länder verbieten (7). Mit den

Forderungen „Banken- und Steuergeheimnis wieder einführen“ (4) und „keine Steuerharmonisierung auf europäischer Ebene“(6) wird die Kapitalflucht erleichtert, was zusätzliche Steuerausfälle zur Folge hätte.

Obschon die AfD Maßnahmen gegen Kapitalflucht bekämpft, arbeitet sie mit dem Argument der potentiellen Kapitalflucht, so bspw. Jörg Meuthen in einer Rede im Landesparlament Baden-Württemberg. In dieser Rede zur kompletten Abschaffung der Erbschaftssteuer beschimpfte der AfD-Vorsitzende Jörg Meuthen die Befürworter einer Erbschaftssteuer als „neosozialistischen Sozialkleptokraten“, zu denen er auch die CDU zählte. Man würde eine „sozialdemagogische Linie“ fahren und an die „niedrigsten Instinkte, an den Neid“ appellieren. „Soziale Gerechtigkeit“ sei ein „Wieselwort“ einer „egalitären Kampfrhetorik“. Die Erbschaftssteuer begünstige die Kapitalflucht und sei „massiv leistungsfeindlich“. Auf Kosten „natürlicher familiärer Solidarität“, die „die Keimzelle unserer Gesellschaft darstelle“, werde ein „konsumptives Verhalten“ gefördert. Die „Apologeten der Erbschaftssteuer“ seien „kurzsichtig“, „sozialdemagogisch nivellierungssüchtig und neidzerfressen“. (Meuthen 2016)

Trotz dieser neoliberalen Grundausrichtung gibt sich die AfD im Leitantrag zum Bundeswahlprogramm 2017 sozial – zumindest der „biodeutschen“ Bevölkerung gegenüber.

Rente

„Die AfD fordert, die Rente zukünftig bei Erreichen einer klar definierten anrechenbaren Lebensarbeitszeit statt, wie bisher vom Lebensalter abhängig, zu gewähren.“ (AfD Programmkommission 2017)

Diese Forderung heißt, dass eine Rente erst dann ausbezahlt wird, wenn eine bestimmte Zahl von Jahren gearbeitet worden ist. Wer also nur 35 Jahre gearbeitet haben sollte, erhält keine Rente, wenn die Grenze bei 45 Jahren Lebensarbeitszeit liegen sollte.

Weiter heißt es:

„Erziehungszeiten müssen deshalb eine dieser Leistung angemessene Rentenerhöhung der Eltern zur Folge haben.“ (ebd.:49)

Auch hier werden keine Zahlen genannt. Der Satz kann auch dahingehend interpretiert werden, dass

Menschen, die weniger Erziehungszeiten erbracht haben, absolut weniger Rente erhalten. Die „angemessene Rentenerhöhung“ könnte nämlich bei einer allgemeinen Rentenabsenkung zu einem Nullsummenspiel werden. Die AfD schreibt selber: „Die jüngeren Generationen der Beitragszahler werden diese finanzielle Verpflichtung nicht alleine schultern können. Es wird daher notwendig sein, die staatlichen Transferzahlungen aus allgemeinen Steuermitteln an die Rentenversicherung erheblich zu erhöhen, um die Beiträge der arbeitenden Menschen in erträglichen Grenzen zu halten.“(ebd.:50) Diese Steuermittel möchte die AfD allerdings erheblich senken. Relevant scheint auch hier vorrangig die Differenzierung zwischen verschiedenen Gruppen zu sein.

Arbeitslosigkeit

„Die AfD setzt sich [...] bei einer Vorbeschäftigung von mindestens zehn Jahren für eine längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld 1 ein und für höhere Arbeitslosengeld-2-Leistungen, sofern diese im Anschluss daran zu gewähren sind.“ (AfD Programmkommission 2017:51)

Hier fällt ebenfalls auf, dass die AfD keine konkreten Zahlen nennt. Relevant scheint die Differenzierung zwischen Arbeitslosen zu sein, nicht die absolute Verbesserung: „Dies ist ein Gebot der Gerechtigkeit, um unterschiedliche Erwerbsbiographien bei Arbeitslosigkeit auch differenziert zu behandeln.“(ebd.) „Höherere Arbeitslosengeld-2-Leistungen“ muss also nicht „absolut höher“ heißen, sondern kann auch „relativ zu der anderen Gruppe höher“ heißen.

Kranken- und Pflegeversicherung

Die AfD setzt sich dafür ein, dass der Arbeitgeberanteil bei der Kranken- und Pflegeversicherung wieder angehoben und damit paritätisch zum Arbeitnehmeranteil wird. (ebd.)

Qualitative Bevölkerungspolitik

Die Familienpolitik der AfD folgt dem Leitbild einer qualitativen Bevölkerungspolitik, die fordert, dass mehr (bio'-)deutsche Kinder aus „bildungsnahen, mittleren Einkommensschichten“ geboren werden sollen:

- „Den demografischen Fehlentwicklungen in Deutschland muss entgegengewirkt werden. Die

volkswirtschaftlich nicht tragfähige und konfliktträchtige Masseneinwanderung ist dafür kein geeignetes Mittel. Vielmehr muss mittels einer aktivierenden Familienpolitik eine höhere Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung als mittel- und langfristig einzig tragfähige Lösung erreicht werden.“ (AfD Programmkommission 2016:41)

- „Insbesondere muss es auch in den bildungsnahen, mittleren Einkommensschichten wieder möglich sein, zukunftsgerichtet für eine große Familie zu sorgen, ohne sich dabei einem Armutsrisiko aussetzen.“ (ebd.:42)

2.2 Migration / Aufnahme Geflüchteter

Ein Schwerpunktthema der AfD ist die Positionierung gegen die so genannte „Völkermischung“ (Frauke Petry). Die AfD zeigt sich in verschiedenen Bereichen deutlich nationalistisch, was auch rassistische Einstellungen mehrerer AfD-Funktionär/-innen einschließt.

Im Grundsatzprogramm finden sich folgende Punkte:

- Deutsche Kultur, Sprache und Identität erhalten (AfD Programmkommission.: 47)
- „Die Ideologie des Multikulturalismus, die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte damit zutiefst relativiert, betrachtet die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit“ (ebd.)
- „Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.“ (ebd.: 48)
- „Individuelles Grundrecht auf Asyl abschaffen“ (ebd.: 60)
- „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“ (ebd.: 49)

- „Sachleistungen statt Geldleistungen“ (AfD Programmkommission 2017:27)
- Zäune an den Grenzen (ebd.)
- Kein Familiennachzug (ebd.)
- „Die Zugehörigkeit zu ausländischen Terrororganisationen führt zum Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit und zwar auch dann, wenn Staatenlosigkeit eintritt.“ (ebd.: 29)

Im Leitantrag des Bundesprogramms wurde die Forderung von Björn Höcke aufgenommen: „Wir brauchen über mehrere Jahre diesbezüglich eine Minuszuwanderung von mindestens 200.000 Personen pro Jahr“. Diese wurde nach der Kritik durch die Presse umgehend geändert. Aktuell findet sich nur noch die Forderung „Minuszuwanderung“ ohne konkrete Zahl. (AfD Programmkommission 2017.:26)

2.3 Geschlechter- / Familienpolitik

Im Grundsatzprogramm der AfD finden sich folgende geschlechterbezogenen Punkte:

- Aktivierende Familienpolitik (Alternative für Deutschland 2016: 41)
- Qualitative Bevölkerungspolitik (ebd.: 41f.)
- Traditionelle Geschlechterrollen bewahren (ebd.:41)
- Keine „Gender-Indoktrination“ an Schulen (ebd.:54)
- Gender-Forschung an Hochschulen abschaffen (ebd.:52)

Björn Höcke und André Poggenburg erwarten, dass die Hochschulen von den „Genderisten“ befreit werden: „Für Thüringen verspreche ich euch das, und ich hoffe, dass wir das auch in all den anderen Ländern praktizieren können: Wir werden diese Geisteskrankheit mit Namen Gender Mainstreaming aus unseren Schulen, aus unseren Universitäten vertreiben.“ (Höcke 2014)

Zur selben Thematik verlas Poggenburg 2017 ein Skript im Landtag Sachsen-Anhalts. „Linksextreme Lumpen müssen von deutschen Hochschulen verbannt werden.“ verkündete er dort und „statt eines Studienplatzes sollten die Studenten lieber praktischer Arbeit zugeführt werden“ Er fügte hinzu: „Helfen sie dabei, die Wucherung am deutschen Volkskörper endgültig loszuwerden.“ (MDR Sachsen-Anhalt 2017)

In einem Flugblatt der Jungen Alternative Frankfurt a.M. wurden die Studierenden dazu aufgerufen, „extremistische“ Dozierende (also solche, die sich für Gender-Mainstreaming einsetzen) bei der Jungen Alternative zu melden. Zugleich wurde angekündigt, solche Seminare dann „verstärkt zu frequentieren“. (Junge Alternative 2016)

2.4 Menschen mit Behinderung

In den Programmen der AfD wird Inklusion rigoros abgelehnt. Es geht hier nicht nur um eine Kritik an einer schlechten Umsetzung von Inklusion, sondern um die Ablehnung des Inklusionsgedankes:

- „Die ideologisch motivierte Inklusion „um jeden Preis“ verursacht erhebliche Kosten und hemmt behinderte wie nicht behinderte Schüler in ihrem Lernerfolg. Die AfD setzt sich deshalb für den Erhalt der Förder- und Sonderschulen ein.“ (AfD Programmkommission 2016:54)
- „Die AfD wird das rot-grüne Inklusionskonzept als ideologischen Irrweg stoppen! Inklusion schadet Kindern sowohl mit als auch ohne besonderem Förderbedarf.“ (AfD Programmkommission NRW 2017: 11)

Im geleakten AfD-Grundsatzprogrammentwurf von 2016 hieß es: „Nicht therapierbare Alkohol- und drogenabhängige sowie psychisch kranke Täter, von denen erhebliche Gefahren für die Allgemeinheit ausgehen, sind nicht in psychiatrischen Krankenhäusern, sondern in der Sicherungsverwahrung unterzubringen.“ (AfD Programmkommission 2016a)

Konrad Adam kritisierte 2006 in der WELT, Sozialpolitiker hätten „dafür gesorgt, daß die Anspruchsberechtigten, die ihre Hand aufhalten, mittlerweile genauso

kopfstark sind wie die Gruppe derer, die alle diese Hände füllen sollen. 38 Millionen Erwerbstätigen stehen rund 20 Millionen Rentner und Pensionäre, 8 Millionen Behinderte, 6 oder 7 Millionen Arbeitslose und 2 Millionen Studenten gegenüber: Leute, die es als ihr gottgewolltes Recht betrachten, von dem zu leben, was andere für sie aufbringen müssen.“ (Adam 2006b)

Die AfD Baden-Württemberg fordert die Abschaffung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) (AfD Baden-Württemberg 2015).

2.5 Universelle Geltung von Menschenrechten

Im Grundsatzprogramm der AfD finden sich problematische Bezüge zur universellen Geltung von Menschenrechten:

- „Sicherheitspolitischer Befreiungsschlag“: „Systemwechsel hin zu“ „Ausländerbehörden, Polizei und Strafverfolgung“ (AfD Programmkommission 2016: 24)
- Strafmündigkeitsalter auf zwölf Jahre senken (ebd.:25)
- Keine „verengte“ „Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus“ (ebd.:48)

Menschenrechts- und demokratiefeindliche Bestrebungen finden sich in allen drei Ungleichheitsideologien der AfD. Innerhalb der nationallibertären/neoliberalen Strömung gibt es immer wieder Stimmen, die ihren Unmut gegen das allgemeine Wahlrecht Luft machen.

Angriffe auf die Menschenrechte drohen durch einen neoliberalen „Nützlichkeitsrassismus“ in der AfD. Verschiedene Funktionäre der AfD stellten das Versammlungsrecht von Nicht-Deutschen in Deutschland in Frage, weil dies angeblich kein Menschenrecht, sondern nur ein Bürgerrecht sei. (Storch, Höcke) Ein zentraler Vordenker des Neoliberalismus, Friedrich-August von Hayek, hatte bereits in den 1960er Jahren formuliert, man könne so argumentieren, dass man den Menschen, die Geld vom Staat erhalten, das Wahlrecht entzöge. Diese Argumentation griff Konrad Adam in der WELT im Oktober 2006

wieder auf und verwies auf die Geschichte. Das allgemeine Wahlrecht sei kein Fortschritt, weil es dazu führe, dass die „Passiven“ die „Aktiven“ mit ihrem Wahlrecht bremsen würden (Adam 2006b).

Antisäkulare Strömungen wie die „Zivile Koalition e. V.“ wollen hingegen den Rechtsstaat ändern, weil familiäre Abstammung und Vererbung zu wenig geachtet werde (Initiative Familien-Schutz 2016).

Nach jahrelangem Zwist um die ideologische Ausrichtung positioniert sich die AfD inzwischen weitgehend völkisch-nationalistisch. Während der Flügel der „Erfurter Resolution“ um Björn Höcke diese Ideologie immer offen vertrat, führte der Zusammenschluss der AfD mit den europäischen Parteien der EU-Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“ (ENF) zu einer Verschiebung im Duktus des Ehepaares Frauke Petry und Marcus Pretzell. Bereits 2016 gab es von Petry zwei Anläufe, den Begriff „*völkisch*“ als normalen Begriff zu verharmlosen (Petry 2016). Während des ENF-Treffens in Koblenz warnte Petry vor der Invasion von Millionen fremden Männern aus zum Teil gewalttätigen Kulturen, vor der „*One-World-Phraseologie*“ und der „*Völkermischung*“ (Petry 2017). Zudem relativierte sie die Shoah mit dem Verweis auf deutsche Kriegsgefangene (Troianovski 2017).

3 Einzelnachweise

- Adam, Konrad (2006): Warum soll ich für sie bezahlen, in: WELT vom 20.05.2006, URL: <https://www.welt.de/print-welt/article218286/Warum-soll-ich-fuer-Sie-bezahlen.html>
- Adam, Konrad (2006b): Wer soll wählen?, in: WELT vom 16.10.2006, URL: <https://www.welt.de/print-welt/article159946/Wer-soll-waehlen.html>
- AfD Baden-Württemberg (2015): Beschluss zum Gender-Mainstream, URL: <http://afd-bw.de/partei/resolutionen/gender-mainstream>
- AfD-Programmkommission (2016a): Entwurf zum Grundsatzprogramm, geleakte Fassung, URL: https://correctiv.org/media/public/a6/8e/a68ed5e4-32a8-4184-8ade-5c19c37ff524/2016_02_23-grundsatzprogramm-entwurf.pdf
- AfD-Programmkommission (2016): Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, URL: https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf
- AfD-Programmkommission (2017): Leitentwurf zum Bundestagswahlprogramm 2017, URL: https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/03/2017-03-08_afd_leitantrag-bpt-btw-programm_mit-zeilennummern-1.pdf
- AfD Programmkommission NRW (2017): Wahlprogramm 2017 der AfD NRW, URL: <https://cdn.afd.tools/sites/2/2017/02/28122026/Wahlprogramm-2017-Endfassung.pdf>
- Meuthen, Jörg (2016): Rede zur Erbschaftssteuer im Landtag von Baden Württemberg, AfD-Info vom 15.10.2016 bei Youtube, URL: https://www.youtube.com/watch?v=H_AsINYAYv0
- Höcke, Björn (2014): Ansprache während des Weihnachtsfests der Jungen Alternative Baden-Württemberg am 22. 12. 2014 in Stuttgart, url: <https://www.youtube.com/watch?v=YhYCrQR-xBI>
- Initiative Familien-Schutz (2016): Selbstverständlich Familie, Faltblatt, URL: http://www.familien-schutz.de/wp-content/uploads/2016/10/Familie-Schutz_DIN_A4_Ansicht.pdf
- Junge Alternative (2016): Flugblatt
- MDR Sachsen-Anhalt (2017): Rede zu „Geschwür am Volkskörper“ Entsetzen im Landtag über Poggenburg, 4.2.2017, URL: <http://www.mdr.de/sachsen-anhalt/landespolitik/poggenburg-eklat-landtag-100.html>
- Petry, Frauke (2016): Die Political Correctness ist am Ende, in: Junge Freiheit vom 9.11.2016, URL: <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2016/die-political-correctness-ist-am-ende/>
- Petry, Frauke (2017): Rede in Koblenz am 21.07.2017, Youtube-Video vom 21.01.2017, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=egLhV5Xvi4A>
- Troianovski, Anton (2017): The German Right Believes It's Time to Discard the Country's Historical Guilt, in: The Wall Street Journal vom 2.3.2017, URL: <https://www.wsj.com/articles/the-german-right-believes-its-time-to-discard-their-countrys-historical-guilt-1488467995>

4 Weiterführende Literatur zur faschistischen Positionierung des Höcke-Flügels

- Kemper, Andreas (2016): „Die neurotische Phase überwinden, in der wir uns seit siebzig Jahren befinden“. Zur Differenz von Konservatismus und Faschismus am Beispiel der „historischen Mission“ Björn Höckes (AfD). Überarbeitete und erweiterte Version der Online-Studie. Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen, Erfurt 2016, URL: http://www.th.rosalux.de/fileadmin/Is_thuringen/dokumente/publikationen/RLS-HeftMissionHoecke-Feb16.pdf
- Kemper, Andreas (2016b): Zur NS-Rhetorik des AfD-Politikers Björn Höcke, in: DISS-Journal 32 (2016), URL: <http://www.diss-duisburg.de/2016/11/zur-ns-rhetorik-des-afd-politikers-bjoern-hoecke/>
- Kemper, Andreas (2017): „Kampf um die Sprache gewinnen“. Zur NS-Rhetorik des AfD-Politikers Björn Höcke, erscheint am 20.03.2017 in Forum Wissenschaft 1/2017 „Populismus und soziale Spaltung“